

Innenminister Kickl besuchte Münchner Reiterstaffel

Die Pläne von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) für eine berittene Polizei nehmen immer konkretere Formen an. Mitte Februar besuchte er im Rahmen einer Visite in München die dortige Reiterstaffel, um sich ein Bild zu machen. Polizeivertreter vor Ort versuchten dabei, Kritik von Tiereschützern zu entkräften. Der Minister scheute auch nicht davor zurück, selbst auf einem Pferd Platz zu nehmen.

Seit 120 Jahren gibt es die Reiterstaffel in München, für die 41 Tiere umfassende Einheit sind 32 Polizeibeamte zuständig. Dienststellenleiter Andreas Freundorfer zeigte sich gegenüber Kickl überzeugt von seiner Reiterstaffel. Nicht nur bei repräsentativen Anlässen, wie dem Oktoberfest, sondern auch als Streifen hätten sich die Tiere bewährt. Zudem stärk-



Foto: APA

ten sie das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

Auch Kritik von Tierschützern begegneten die Münchner Polizisten. „Wenn es allen Freizeitpferden so gut gehen würde, wie unseren Tieren, wäre die Welt gerechter“, meinte Polizeioberrat Peter Hartwich. Die Beamten entwickelten eine persönliche Beziehung zu den Pferden – vom anfänglichen Training bis zum „Ru-

hestand“, wo die Tiere weiter besucht würden. 15 „Dienstjahre“ verbringt ein Pferd bei der Polizei.

Kickl zeigte sich angetan. Das Angebot, selbst auf ein Pferd zu steigen, nahm der Innenminister wahr und hielt sich im Sattel. Bis Mitte dieses Jahres will er die Planungen für Österreich abgeschlossen haben, im Sommer 2019 soll der Probetrieb in Wien – etwa in Grünbereichen, aber auch im Zentrum – starten. Erst einmal eine Staffel mit zwölf Pferden, möglicherweise aber auch das Doppelte – könnte zum Einsatz kommen, einige Polizisten hätten sich bereits freiwillig gemeldet.

Als Gastgeschenk hatte der Innenminister eine Pferdedecke sowie Hafer mitgebracht. Die neu entdeckte Tierliebe soll aber noch weiter gehen. Kickl schloss nicht aus, nach seiner Politik-Laufbahn selbst als Reiter aktiv zu werden: „Es gibt bestimmte Dinge, die man sich vornimmt. Das steht ganz oben auf meiner Liste.“

Schwechat ist Glyphosat-frei

Glyphosat – ein Herbizid aus der Gruppe der Phosphonate – wird von der Gemeinde Schwechat nicht mehr verwendet. Das beschloss der Gemeinderat in seiner Februar-Sitzung.

Das Herbizid geriet in die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion wegen möglicher Folgen für Mensch und Tier. Auf höchster Ebene, von der EU-Kommission, wurde das Mittel zwar für fünf weitere Jahre freigegeben, immer mehr Gemeinden in Österreich verzichteten aber auf dessen Einsatz.

In Schwechat wurde das Unkrautvertilgungsmittel vor allem dort eingesetzt, wo Gehsteigkanten, Pflastersteine oder Ähnliches kleine Spalten bilden, in denen Unkraut wachsen kann. Jetzt wird es nicht mehr verwendet. Schwechat gehört damit zu den rd. 550 Gemeinden in Österreich, die auf Glyphosat verzichten.

KOMMENTAR

Die Links-Populisten sind durchschaut, ihr Abstieg scheint unabwendbar

Von Mag. Wolfgang Lusak
(Lobby-Coach und Managementberater)



Die SPÖ sei wie eine Auster, die sich „zu sehr nach außen abschließt“, sagte kürzlich Ex-Kanzler Kern: „Wir haben eine Werthaltung, auf die wir aufbauen können, das müssen wir neu interpretieren und zeitgemäß anwenden“. Das klingt ziemlich nach einer neuen Öffnung. Ich würde ihm empfehlen, sich wieder mehr der Mehrheits-Gesellschaft zu widmen. Wer sich zu sehr an Minderheiten orientiert, wird letztlich selbst eine.

Es gab den Links-Populisten – so muss man die Sozialdemokraten und Grünen wohl bezeichnen – lange Zeit das wohlige Gefühl, sich als für die aus ihrer Sicht Schwachen, Armen und Benachteiligten wirkend zu betrachten. Nichts gegen eine faire Sozialpolitik, aber sie ließen einfach keine Minderheit aus, über die sie nicht mit dem Steuergeld der Werkstätigen das Füllhorn übertriebener Sozialhilfe und Förderungen ausschütteten. Sie umwarben alle Arbeitslosen, alle Früh-Pensionisten, alle schwachen Schüler, alle Kulturen, alle „Schutz suchenden“ Migranten. Sie inkludierten und versorgten. Sie gerieren sich als anständig, gerecht und ausgleichend, sind es aber nicht.

In ihren Gesichtern mischte sich der bekümmert wirkende Sorgen-Pathos der Gewerkschafter, das gierige Augen-Blitzen von neue Minderheiten entdeckenden Parteistrategen, die selbstgefällige Arroganz des „moralisch Überlegenen“ und die brutale Präpotenz des etablierten Funktionärs. Jetzt macht sich in diesen Gesichtern Fassungslosigkeit und Zorn – besonders bei Christian Kern – breit, ob der Zumutung, nun nicht mehr regieren zu dürfen. Sie begreifen nicht, dass sie sich selbst die Wähler vergraulen.

Hauptsache an der Macht bleiben

Im Drang der SPÖ, die sinkende Anzahl ihrer Kernwähler, insbesondere der Arbeiter, zu kompensieren war ihnen keine Minderheit zu

klein, keine Sozialleistung zu teuer. So schaufelt sich Sozialismus das eigene Grab. Es war ihnen egal, dass sich Arbeiter und Sozialhilfeempfänger durch neu hinzukommende Armut-Migranten bedrängt fühlten. Egal, dass sie das Geld kaum von wirklich Reichen und Konzernen holten, sondern vom hart arbeitenden Mittelstand. Dass die Qualität der Schulabgänger sank und Firmen Nachwuchsprobleme bekamen. Dass die rasche Zunahme des Anteils fundamental-religiöser Familien die Gefahr einer Verdrängung unserer Kultur und

Demokratie bedeutet. Dass trotz aller eigener Feminismus- und Anti-Gewalt-Bemühungen Frauen-Benachteiligung, patriarchalisches Ehrgefühl, Bildungsferne, vermehrte Kriminalität und Terror eingeschleppt wurden.

Es war ihnen egal, wie viel Schulden der Staat machte, auch wenn dabei Standort, Arbeitsplätze und die Zukunft der Jugend verspielt werden. Weil sie an der Macht bleiben wollten.

Noch setzen sie heftig und untergriffig auf die Unterstützung der von ihnen angeführten Staatsmedien (wie ORF), Kulturszene und sogenannter Experten. Aber schon bricht Panik aus: Wenn Niessl Opposition als Mist bezeichnet, Ludwig in Wien FPÖ-Schichten umwirbt, die Junge Volkspartei im „Schikaneder“ tagt und Kern die „Austernöffnung“ verspricht. Auch in Deutschland, wenn Gabriel von der SPD eine Partei-Diskussion in Richtung Heimat und Leitkultur anregt.

Der Links-Populismus ist durchschaut. Die Mehrheit hat sich den Fehlentwicklungen entgegengestellt. Die anderen Parteien sollten sich ob dieser Analyse aber auch nicht auf die Schultern klopfen. Es muss angemerkt werden, dass alle die bisher den Mittelstand belastenden Gesetze natürlich auch von der „alten ÖVP“ mitgetragen wurden. Und wenn sich die Linken jetzt radikal neu aufstellen müssen, dann muss sich erst recht die neue türkis-blaue Regierung beweisen und darf den Mittelstand nicht vergessen. Haselsteiner sagt (im Standard-Interview vom 14.1.18) da ganz richtig, dass die Verarmung des Mittelstands die größte Gefahr ist. Die von der Regierung beabsichtigte Entlastung der Leistungsträger kann daher nur als allererster Schritt gesehen werden.